LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/7869**

25.01.2024

Kleine Anfrage 3203

der Abgeordneten Thorsten Klute, Rodion Bakum, Anja Butschkau, Lisa-Kristin Kapteinat, Josef Neumann, Lena Teschlade und Christina Wenig SPD

Dissens bleibt Dissens? Wie will NRW die Krankenhauslandschaft retten?

Die Verhandlungen zwischen Krankenhausträgern und Krankenkassen über die zukünftigen Leistungen der Krankenhäuser wurden Ende 2023 abgeschlossen. Mehr als die Hälfte der Verhandlungspunkte wurden im Dissens abgeschlossen. Jetzt sind die Bezirksregierungen seit mehreren Wochen in der Verantwortung, möglichst viele Dissens-Punkte auszuhandeln. Am Ende bedeuten Dissens-Punkte, dass Krankenhäuser bestimmte Leistungen nicht mehr anbieten dürfen. Das kann dazu führen, dass Krankenhausträger gewisse Stationen oder ganze Standorte nicht mehr aufrechterhalten können und schließen müssen. Wenn die Dissens-Punkte ungeklärt bleiben, wird schlussendlich das MAGS darüber entscheiden müssen, welche Krankenhäuser welche Leistungen anbieten dürfen und welche nicht.

Während dieses Prozesses veröffentlichte die Landesregierung Fördersätze, um den Krankenhäusern die Möglichkeit zu geben, Mittel für die Umsetzung des Krankenhausplans zu beantragen. Die Frist für die Einreichung der entsprechenden Förderanträge ist auf April 2024 datiert[1]. Da die Krankenhäuser die Feststellungsbescheide für die Erteilung des Versorgungsauftrages je Leistungsgruppe aber erst zu einem späteren Zeitpunkt erhalten, können die Krankenhausträger nicht planen, wofür sie Fördermittel zur Umsetzung des Krankenhausplans überhaupt einsetzen können oder müssen. Es droht, dass Krankenhäuser Fördermittel erhalten für Aufgaben, die infolge der späteren Feststellung des Krankenhausplans möglicherweise in den Häusern wegfallen.

Die Akteurinnen und Akteure des Krankenhauswesen stehen in dieser Phase der Krankenhausplanung vor großen Ungewissheiten. Krankenhausträger und die Beschäftigten wissen nicht, ob ihre Krankenhausstandorte und -stationen weiter betrieben werden können und Patientinnen und Patienten sowie die Kommunen wissen nicht, ob es zukünftig noch einen Krankenhausstandort in ihrer Stadt geben wird. Die Landesregierung muss daher im Sinne der vollen Transparenz agieren und offenlegen, wie sich die Krankenhauslandschaft in NRW entwickeln wird.

[1] https://www.mags.nrw/inhalt-mags/gesundheit/stationaere-versorgung/krankenhausfinanzierung/foerderung-zur-umsetzung-der

Datum des Originals: 25.01.2024/Ausgegeben: 26.01.2024

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Mit welchem Ergebnis wurden die Dissens-Punkte der Verhandlungen zwischen Krankenhausträgern und Krankenkassen durch die Bezirksregierungen bisher konkret behandelt? (Bitte aufschlüsseln nach Versorgungsregion, Krankenhausträgern und Dissenz-Punkten.)

2. Welche konkreten Folgen wie Standort- oder Stationsschließungen von Krankenhäusern prognostiziert die Landesregierung, falls die Dissens-Punkte im laufenden Prozess nicht aufgelöst werden? (Bitte aufschlüsseln nach Versorgungsregionen und Kommunen.)

3. Welche Strategie plant die Landesregierung, um Krankenhaus- und Standortschließungen durch Dissens-Punkte der Verhandlungen zu verhindern? (Bitte nach Kriterien für die Entscheidung über Feststellungsbescheide durch das MAGS auflisten.)

4. Wie will die Landesregierung verhindern, dass Fördermittel zur Umsetzung des Krankenhausplans in Kürze bewilligt und von den Krankenhäusern ausgegeben werden, obwohl die Aufgaben, für deren Bewältigung die Fördermittel vorgesehen sind, infolge der Feststellung des Krankenhausplans wegfallen?

5. In welchem konkreten Umfang informiert die Landesregierung die Kommunen über den aktuellen Stand der Krankenhausplanung?

Thorsten Klute
Rodion Bakum
Anja Butschkau
Lisa-Kristin Kapteinat
Lena Teschlade
Josef Neumann
Christina Weng